

31. Jahrgang, Ausgabe 1, Pfingsten 2025

Evangelischer Arbeitskreis der CDU Sachsen-Anhalt (Hrsg.)

c/o CDU-Landesverband Sachsen-Anhalt

Fürstenwallstraße 17 Tel.: 0391 566680

39104 Magdeburg E-Mail: [LV@eak-sachsenanhalt.de](mailto:LV@eak-sachsenanhalt.de)

Homepage: <https://www.eak-sachsenanhalt.de>

## Pfingsten 2025

„Alle wurden mit dem Heiligen Geist erfüllt  
und fingen an, in anderen Sprachen zu reden,  
wie es der Geist ihnen eingab.“

(Apostelgeschichte 2,4)

### Aus dieser Ausgabe

Brief zu Pfingsten	1
Wieder Mut für unser Land	2
EAK trifft Landesbischof Kramer	4
Thomas Müntzer	6
EAK - Bundes- tagung	9
Attentat in Mag- deburg	11
Novelle Schulge- setz	13
Wahrheit und Wirklichkeit	14
Kinderliteratur- tipp	16



Andacht auf der Piazza Martin Lutero in Rom  
© Martin Olejnicki

Liebe Schwestern und Brüder,

Pfingsten ist das vielleicht politischste aller Kirchenfeste – und zugleich auch das geistlichste. Denn es geht um Kraft, um Verständigung, um Erneuerung. Der Geist Gottes durchbricht die Grenzen von Sprache, Herkunft und Erfahrung. Er schenkt Mut, wo Angst war. Gemeinschaft, wo Spaltung war. Verständigung, wo vorher nur Unverständnis herrschte.

In den Einrichtungen unserer Gemeinde in Köthen erleben wir dieses Wunder der Verständigung jeden Tag - in ganz praktischer Weise: Im



Martin Olejnicki

© Kirchenkreis Köthen (Heiko Rebsch)

Kinderheim Arche versuchen wir Geborgenheit zu geben, wo Verletzungen sind. In der KiTa „Guter Hirte“ und im Evangelischen Grundschulhort begleiten wir Kinder beim Wachsen – in einer Welt, die oft mehr Fragen stellt als Antworten gibt. Im Jugendclub PopCorn ringen wir mit Jugendlichen um Perspektiven. Und in der Migrationserstberatung geht es Tag für Tag darum, Grenzen zu überwinden – ganz reale, rechtliche, sprachliche und emotionale. Das ist Arbeit im Geist von Pfingsten.

Ich durfte einmal ein ganz besonderes Pfingstfest in Rom erleben, das mich tief berührt hat: In der alten Kirche des Pantheon, deren Kuppel in der Mitte zum Himmel offen ist, wurden zur Pfingstmesse Rosenblätter durch das große Rund herabgestreut – langsam, fast schwebend, ein roter Regen des Geistes. Hunderte Menschen standen still, andächtig, wie unter einem Segen. Es war ein kraftvolles Bild für das, was Pfingsten im Innersten bedeutet: Der Geist Gottes kommt zu uns – nicht laut, nicht aufdringlich, sondern in Anmut, in Bewegung, in Gemeinschaft.

Genau das wurde auch bei der ökumenischen Pilgerwallfahrt „Mit Luther zum Papst“ nach Rom im Oktober 2021 erfahrbar. Fast 600 evangelische und katholische Christinnen und Christen waren damals gemeinsam unterwegs – unter dem Motto „Besser alle zu-

sammen“. Bei der Audienz mit Papst Franziskus wurde deutlich: Einheit ist möglich – nicht durch Gleichmacherei, sondern durch gegenseitige Wertschätzung, gemeinsames Hören auf Christus und das Vertrauen, dass uns mehr verbindet als trennt. Diese Begegnung hat viele bewegt – und sie wirkt weiter, auch hier bei uns in Sachsen-Anhalt, wo Christen in der Minderheit leben.

Doch gerade diese Minderheitenposition kann auch eine Stärke sein: Wir sind frei, mutig zu handeln, ohne Machtanspruch, aber mit klarer Stimme. Wir sind gefragt, Salz der Erde zu sein – gerade, weil wir nicht dominieren, sondern dienen.

Ein ermutigendes Zeichen in diesen Tagen ist die Wahl von Papst Leo XIV., der in seinen ersten Ansprachen nicht nur die Einheit der Christen, sondern auch soziale Gerechtigkeit und eine offene Kirche in den Mittelpunkt stellt. Das gibt Hoffnung, auch für den ökumenischen Weg in unserem Land. Denn wir wissen: Wenn wir als Christen gemeinsam sprechen und handeln, können wir in dieser Gesellschaft noch etwas bewegen.

Pfingsten ist dabei kein nostalgisches Erinnerungsfest, sondern eine geistliche Verheißung: Der Geist Gottes wirkt auch heute. Er belebt, wo Strukturen erstarren. Er schenkt Worte, wo Sprachlosigkeit herrscht. Und er sendet uns hinaus – nicht mit fertigen Antworten, sondern mit einer Hoffnung, die tragfähig ist.

Sie als Evangelischer Arbeitskreis der CDU Sachsen-Anhalt tragen Mitverantwortung, dass diese Hoffnung auch politisch sichtbar wird:

- In einem klaren Eintreten für Religionsfreiheit – auch für Christen weltweit.
- In einem echten Einsatz für Familien, Bildung und sozialen Zusammenhalt – über Parteigrenzen hinweg.
- Und in einer lebendigen Ökumene, die nicht an dogmatischen Fragen erstickt, sondern gemeinsam handelt.

Lassen Sie uns dieses Pfingstfest als Ermutigung begreifen: Der Geist ist da. Auch in Köthen. Auch in Sachsen-Anhalt. Auch in der Minderheit.

In diesem Geist wünsche ich Ihnen allen ein gesegnetes, kraftvolles und hoffnungsvolles Pfingstfest.

Ihr Martin Olejnicki

Evangelische Kirchengemeinde St. Jakob in Köthen

## Wieder Mut für unser Land

Deutschland kann mehr – mit diesem Bekenntnis sind wir Anfang dieses Jahres in einen außergewöhnlichen Bundestagswahlkampf gestartet. Die Zeiten könnten aufwühlender nicht sein. Wenig scheint mehr gewiss,

Beständiges kommt immer öfter ins Wanken, Eilmeldungen und Sonderereignisse überschlagen sich Tag für Tag. Und die Politik? Sie muss Antworten liefern. Als Verantwortungsträger in unseren Parlamenten und Behörden ist es unsere Pflicht, gerade in diesen Zeiten optimistisch zu bleiben. Aber wie kann das gelingen?

Seit 2021 bin ich im Kabinett von unserem Ministerpräsidenten Dr. Reiner Haseloff zuständig für die Bereiche Wirtschaft und Tourismus sowie Landwirtschaft und Forsten. Gerade unsere heimische Wirtschaft steht vor großen Herausforderungen. Da nehme ich kein Blatt vor den Mund: Die wirtschaftliche Gesamtlage war schon mal besser. Die deutsche Wirtschaft ist in einer Rezession, die internationale Wettbewerbsfähigkeit gesunken. Und dennoch bin ich überzeugt: Es gibt Grund zur Hoffnung und für einen mutigen Blick nach vorn. So verzeichnen wir weiter Interesse am Wirtschaftsstandort Sachsen-Anhalt. Die Ansiedlungen von Daimler Truck in Halberstadt oder von Avnet bei Bernburg sind nur zwei Beispiele. Zwei Leuchttürme, auf die es sich lohnt zu bauen. Denn genau das brauchen wir: Projekte, die Strahlkraft auf unterschiedliche Branchen und Zweige haben und unsere Attraktivität – trotz herausfordernder Zeiten – erhöhen.



Min. Sven Schulze © Foto: Rayk Weber

Klar ist: Wir in Sachsen-Anhalt haben keinen Grund mehr, uns zu verstecken. Die Zeiten, in denen man uns als Bindestrichland gerne mal übersah oder unbeachtet hindurchfuhr, sind vorbei. Daran hat auch unser Mittelstand einen beachtlichen Anteil. Diese vielen fleißigen Unternehmer sind das Rückgrat unseres wirtschaftlichen Erfolgs – und für uns als Zukunftsland unentbehrlich. Große Ansiedlungen nützen nur bedingt, wenn der Grundstein nicht gelegt ist. Aber genau an dieser Stelle haben wir unsere Hausaufgaben in den vergangenen Jahrzehnten gemacht: Klein- und mittelständische Unternehmen können sich auf die Rückendeckung der Landesregierung verlassen. Oft stehen dahinter Familien, die die Stärken unserer Heimat kennen und schätzen. Sie sind die besten Botschafter für ein starkes Sachsen-Anhalt.

Auch die Landwirtschaft spielt in unserem Land eine herausragende Rolle. Als ländlich geprägtes Flächenbundesland mit Deutschlands besten Böden sind wir vielerorts „gesegnet“. Doch Wetterereignisse und Disruptionen in der Agrarbranche stellen auch unsere Bäuerinnen und Bauern zum Teil vor eine schwierige Situation. Als Landwirtschaftsminister ist mir vor allem eines wichtig: im stetigen Miteinander an Lösungen arbeiten. Wie machen wir das? Indem wir vor Ort sind und hinhören. Ohne zu wissen, wo es auf den Höfen, den Äckern und in den Ställen wirklich hakt, kann ich meine Arbeit nicht machen. Wichtig ist mir auch hier der mutige Schritt in Richtung Zukunft. So habe ich es zu einem der Hauptziele dieser Wahlperiode erklärt, unsere Landwirtschaft digitaler aufzustellen. Sogenanntes Smart Farming treiben wir beispielsweise in der Landesanstalt für Landwirtschaft und Gartenbau in Iden in der Altmark voran. Für unsere Bauern – davon bin ich überzeugt – gilt wie für das ganze Land: Nur wer sich Neuem öffnet, kann langfristig bestehen.

Und damit kommen wir zu unserer neuen Bundesregierung. Deutschland steht in diesen Tagen politisch an einem Neuanfang. Mit Bundeskanzler Friedrich Merz – das wird schon in den ersten Tagen klar – haben wir endlich wieder jemanden an der Spitze, der für eine klare Agenda und den Mut steht, in zentralen Fragen einen Politikwechsel einzuleiten. Lassen Sie mich das an einem ganz konkreten Beispiel festmachen: In nahezu allen Politikbereichen begegnen uns Beschwerden über zu viel Bürokratie. Viele kennen das: Die Idee ist gut, der Plan steht – aber es hapert am Verwaltungsweg. Damit muss Schluss sein!

Deshalb ist es ein wichtiges Signal, sich dieser Aufgabe in einem neuen Ministerium zu widmen. Bundesminister Dr. Karsten Wildberger und seine Staatssekretäre, zu denen unter anderem mein geschätzter

ostdeutscher Kollege Philipp Amthor gehört, verfolgen in den kommenden vier Jahren ein eindeutiges Ziel: den Staat modernisieren. Während manche unserer europäischen Nachbarn ihren Bürgern digitale Verwaltungslösungen ermöglichen, wird bei uns zuweilen noch gefaxt. Ganz ehrlich? Das darf nicht unser Anspruch sein. Und: das hemmt Wachstum – auch ganz konkret hier in Sachsen-Anhalt. Die Entbürokratisierung gehört nun entschlossen angepackt. Ich bin zuversichtlich, dass es hier schon bald Ergebnisse gibt, die im Alltag unserer Unternehmer, Landwirte und eines jeden Bürgers ankommen.

Bleibt ein solch spürbarer Fortschritt aus und laufen politische Versprechen ins Leere, erleichtern wir es denen, die es nicht gut meinen mit unserem Land. Auch hier möchte ich klar sagen, was ist: Wenn im Schnitt deutlich über 30 Prozent der Wähler einer gesichert rechtsextremistischen Partei das Vertrauen aussprechen, muss uns das zum Umdenken bewegen. Ich weiß nicht, wie es Ihnen geht: Ich jedenfalls möchte nicht, dass menschenverachtende, geschichtsvergessene Einstellungen die Regierungsarbeit hier in Sachsen-Anhalt prägen. Ich möchte nicht, dass komplexe Fragen in einem eng verzahnten Europa mit vermeintlich einfachen, aber letztlich viel zu kurz greifenden Scheinlösungen beantwortet werden. Machen wir es kurz: Ich möchte auch über September 2026 hinaus Verlässlichkeit und Seriosität aus der politischen Mitte in Sachsen-Anhalt.

Das Ziel von Dr. Reiner Haseloff als Ministerpräsident und mir als Landesvorsitzendem unserer Partei ist es, Sachsen-Anhalts Vorzüge und Werte in Ehren zu halten. Was meine ich damit? Wir stehen nicht nur früher auf – besser noch: auf unser Wort kann man zählen. Wir packen gemeinsam an, wenn es darauf ankommt. Wir sind ein Land der kurzen Wege und engen Drähte, aber eben gleichzeitig offen und entschlossen, für Innovationen zu kämpfen und auch mal unbequeme Wege zu gehen. Wir müssen das, was uns geprägt hat, mit dem verbinden, was uns voranbringt. Ein Paradestück für diesen Ansatz ist das in Halle neu entstehende Zukunftszentrum für Deutsche Einheit und Europäische Transformation. Hier werden Erfahrungen aus unserer Geschichte und Veränderungswille zusammen gedacht. Ein vorbildlicher Ansatz, oder?

Ich möchte schließlich noch einmal auf den Eingangsgedanken zurückkommen und ihn ein wenig erweitern. Wir *"können"* in Deutschland nicht nur mehr erreichen, wir *"müssen"* es sogar – und wir *"wollen"* es auch. Alles andere kann uns nicht zufriedenstellen. Auf Deutschland wieder zählen können – darauf hoffen viele Menschen in Europa. Dabei geht es um wirtschaftliche Widerstandsfähigkeit. Es geht

um unseren Beitrag in europäischen Sicherheitsfragen. Und nicht zuletzt geht es um politische Stabilität. Um die Frage, ob wir die Verantwortung in diesem Land den Radikalen in die Hände legen oder aus der Mitte heraus für eine gute Zukunft sorgen. Ich möchte, dass Sachsen-Anhalt der Ort bleibt, an dem sich unsere Jüngsten wohlfühlen und bleiben, statt zu gehen. Lassen Sie uns zusammen daran arbeiten. Ich bin guter Hoffnung!

Ihr Sven Schulze

Landesvorsitzender der CDU Sachsen-Anhalt  
Minister für Wirtschaft, Tourismus, Landwirtschaft und Forsten

## **Treffen der EAK-Vorstände der CDU Sachsen - Anhalt und Thüringen mit Landesbischof Kramer am 3. April 2025 im Evangelischen Büro in Magdeburg**



Landesbischof Kramer © Foto: Anne Hornemann

Die jährlichen Begegnungen, die auf Einladung von Herrn Landesbischof Kramer stattfinden, sind ein Höhepunkt in der Arbeit der EAK-Vorstände. Der Gedankenaustausch zu aktuellen Fragen, die politisches und kirchliches Wirken berühren und beeinflussen sowie auch zu Themen, die weit über das Tagesgeschehen hinausgehen ist stets ein Gewinn. Die offene und respektvolle Gesprächsatmosphäre, die Bereitschaft einander zu zuhören und unterschiedliche Meinungen gelten zu lassen, sind gerade in der heutigen Zeit so wohl-tuend. Kein Wunder also, dass die Themenwünsche der EAK-Vorständler so umfangreich waren, dass sie in dem zur Verfügung stehenden zeitlichen Rahmen nicht bewältigt werden konnten.

Für die Sitzung war die folgende Tagesordnung vorgesehen:

1. Nachbereitung der Bundestagswahl
2. Erwartbare Veränderungen für Politikgestaltung Migrationspolitik, Sozialpolitik bei alternder Gesellschaft, Zukunft der Diakonie, Solidarität mit Israel, Zukunft Europas im Spannungsfeld USA - Russland
3. Entwicklung von Kirche und Gesellschaft Strukturelle Veränderungen, Kirchennutzung und Denkmalpflege, Ethische Fragen bzgl. Abtreibung und Sterbehilfe, Kirche und Zivilgesellschaft, „Kommunikationsoffensive“
4. Rolle der Kirche beim Thema Frieden und Wehrhaftigkeit

Im folgendem Bericht sollen einige Schwerpunkte der sehr intensiven und offenen Diskussion wiedergegeben werden.

Bischof Kramer begrüßte die Anwesenden und legte Losung und Lehrtext des Tages aus.

## **Die vorgezogene Bundestagswahl am 23. Februar 2025**

Bereits im vergangenen Jahr bei der Europawahl, und erst recht bei den Landtagswahlen in Sachsen, Thüringen und Brandenburg gab es gravierende Veränderungen im Wählerverhalten. Die Parteien der auf Bundesebene regierenden Ampel verloren dramatisch, sind z.T. nicht mehr in den Landtagen vertreten. Die AfD legte stark zu, das BSW kam gewissermaßen aus dem Stand auf zweistellige Ergebnisse. Daraus ergaben sich schwierige Regierungsbildungen, ganz besonders in Thüringen. Dieser Trend setzte sich letztlich in der Bundestagswahl fort, auch wenn das BSW knapp an der 5 % Hürde gescheitert ist. Die Linke legte dafür zu, die AfD ist nunmehr zweitstärkste Partei, klar vor der SPD und den Grünen. Wer deshalb auf den „Osten“ zeigt, macht es sich zu einfach. Die Frage nach den Ursachen betrifft alle Ebenen, Kommunen, Länder und Bund.

Immerhin konnten ein Koalitionsvertrag abgeschlossen und eine Bundesregierung gebildet werden. Allerdings rumort es sehr in den Parteien, in der Presse und in der öffentlichen Debatte.

Wichtige Stichworte sind z.B. Neuverschuldung, Migrationspolitik, Waffenlieferungen, Klimaschutz, Renten. Die allgemeine Diskussion ist oft aggressiv und polarisierend.

Die zu lösenden Aufgaben sind gewaltig, die Erwartungen hoch.

## **Kommunikationsoffensive**

Bischof Kramer schlägt ein Gesprächsangebot an Gemeindemitglieder vor, die mit der AfD sympathisieren, unabhängig von kirchenleitenden Regelungen zum

amtlichen Umgang mit AfD-Parteimitgliedern. Es geht darum, die Gemeindemitglieder nicht auszuschließen.

Inwieweit es dazu kirchlicher Handreichungen bedarf, ist zu fragen. Letztlich ist dies ja auch eine Frage an den allgemeinen menschlichen Umgang im Alltag. Natürlich stehen die Kirche und die Gemeinden für eine offene Gesellschaft ein. Und wo immer sie können, sollen sie das Gespräch suchen und fördern.

## **Migration**

Bischof Kramer tritt für eine Versachlichung der Debatte ein. Er teilt die Besorgnis der Kirchen, über die geplanten Maßnahmen einer Asylwende, wie sie Kanzlerkandidat Merz im Wahlkampf angekündigt hatte. Einige Gesprächsteilnehmer werteten die Äußerungen von Merz als Echo auf eine anscheinend aus dem Ruder laufenden Entwicklung der illegalen Einwanderung, die große Teile der Bevölkerung beunruhigt. Bischof Kramer zitierte den Satz des Altbundespräsidenten Gauck „Unser Herz ist weit, aber unsere Möglichkeiten sind begrenzt.“ Dieser Gedanke sollte das Motto für alles Handeln sein. Die Menschenwürde muss immer im Blick sein, ohne dabei das Machbare aus den Augen zu verlieren. In der Aussprache wurde darauf verwiesen, dass die Begriffe Asyl, Einwanderung und Anwerbung von Arbeitskräften klar voneinander unterschieden werden müssten. Ferner ist zu bedenken, dass qualifizierte Arbeitskräfte auch in ihrer Heimat gebraucht werden.

Zur Frage des Kirchenasyls wurde klargestellt, dass es nicht darum geht, Personen gesetzlichen Regelungen zu entziehen, sondern in besonderen Fällen eine nochmalige Prüfung der Ausreisepflicht durchzuführen. Dies geschieht aus rein humanitären Gründen, nicht gegen die Behörden, die stets informiert sind und letztendlich die Entscheidungshoheit haben. Dieses wird in der Öffentlichkeit häufig falsch dargestellt.

## **Waffenlieferungen, Wehrhaftigkeit, Frieden**

Angesichts des über drei Jahre andauernden russischen Angriffskrieges in der Ukraine werden die Forderungen nach weiteren Waffenlieferungen immer lauter, auch die Notwendigkeit der militärischen Stärkung zur Erhöhung der Verteidigungsbereitschaft zur Abschreckung potenzieller Angreifer ist beabsichtigt. In der Koalitionsvereinbarung wurde dafür ein hohes Sondervermögen für die nächsten Jahre eingeplant. Nach Meinungsumfragen hält die Mehrheit der Bevölkerung die Maßnahmen für angemessen.

Bischof Kramer lehnt dagegen den Einsatz von Waffen zur Konfliktlösung grundsätzlich ab. Er beruft sich

auf Jesu Worte in der Bergpredigt und bleibt bei dem Motto der Friedensbewegung „Frieden schaffen ohne Waffen“. Zu dieser Überzeugung steht er, obwohl er auch innerhalb der Kirchen eine Minderheitsmeinung vertritt. Es geht um einen Weg zum Frieden.

„Selig sind, die Frieden stiften“, aber wie kann das gelingen? Die Ukraine hat bis heute keinen Frieden. Er bezweifelt, dass Aufrüstung und Bewaffnung auf Dauer tatsächlich zu mehr Sicherheit und Frieden führen werden. Wie realistisch ist diese Auffassung, spricht die Realität nicht eine andere Sprache?

## Schwangerschaftsabbruch, Sterbehilfe

Über allem kirchlichen Handeln muss der Schutz des menschlichen Lebens stehen. Dies zu vertreten, darf die Kirche nicht müde werden. Unser Leben steht in Gottes Hand. Immer wieder wird an gesetzlichen Neuregelungen gearbeitet, so wie momentan an einer Neuregelung des Schwangerschaftsabbruchs. Der ist aus kirchlicher Sicht niemals zu begrüßen. Deshalb haben seit Jahren die Beratungsstellen der Diakonie, im Rahmen der bisherigen gesetzlichen Regelungen, sich bemüht, das Leben des ungeborenen Kindes zu schützen und Wege für das Leben mit dem Kind aufzuzeigen. Allerdings hat die Kirche die Mütter, die sich für eine Abtreibung entschieden haben, nicht verurteilt. So sollte die Kirche auch in Zukunft handeln.

Das Leben des Menschen steht auch an seinem Ende in Gottes Hand, betonte der Bischof. Deshalb kommen der christlichen Hospizarbeit und der Palliativmedizin, so große Bedeutung zu. Der assistierte Suizid darf nicht zu einer Selbstverständlichkeit und schon gar nicht zu einem Geschäftsmodell werden. Allerdings ist in jedem Einzelfall eine moralische Verurteilung untersagt.

## Aus der EKM und Diakonie

Die Zahl der Kirchenmitglieder betrug 2024 rund 574.000. Der Mitgliederrückgang gegenüber 2023 beträgt etwa 21.000, davon 9.100 Austritte. In einem Treffen am 9. Januar 2024 in Erfurt hatte Bischof Kramer unter dem Thema „Kirche der Reformation in der Transformation“ ausführlich über die Finanzlage, die Personalentwicklung und die sich daraus ergebende Notwendigkeit eines ständigen Strukturwandels berichtet, bei Gebietsreformen, Stellenbesetzungen und auch durch Zusammenlegung von Diensten. Daran wird intensiv gearbeitet, wobei immer die Hauptaufgabe der Kirche im Blick ist - die Verkündigung. Bis zum Jahr 2027 sollen in Südthüringen Gemeindeverbände gebildet werden.

In der Diakonie sind durch Finanzierungslücken manche Projekte in der Sozialarbeit nicht mehr zu leisten.

Da Bischof Kramer einen Anschlusstermin wahrzunehmen hatte, wurde das Treffen nach zweieinhalb Stunden beendet. Beide Seiten dankten für das offene und vertrauensvolle Gespräch. Bischof Kramer schloss mit Gebet und Segen.

Es ist beabsichtigt, diese Gespräche regelmäßig fortzuführen.

Gerhard Kögel

## Der radikale Reformator aus Stolberg am Harz Thomas Müntzers Leben und Nachwirken



Älteste, allerdings nachträgliche und nicht verbürgte Darstellung Thomas Müntzers aus dem Jahr 1608; Kupferstich von Christoph van Sichem  
© [https://de.wikipedia.org/wiki/Thomas\\_Müntzer](https://de.wikipedia.org/wiki/Thomas_Müntzer)

Thomas Müntzers Fürstenpredigt, also jener Text, von welcher bei Wikipedia zu lesen ist, er markiere einen „Umbruch in der deutschen Geistesgeschichte“, jährte sich im vergangenen Jahr exakt zum 500. Mal. Aber was geschah eigentlich an jenem 13. Juli 1524?

Zuerst einmal kamen der spätere Kurfürst Johann von Sachsen und sein Sohn und Nachfolger, Johann Friedrich, die sich auf der Durchreise befanden, sowie drei weitere Männer, aus ihrem näheren Umfeld im Allstedter Schloss zusammen, um eine Predigt Thomas Müntzers zu hören. Jene „Auslegung des anderen Unterschieds Danielis“, wie der Text wenig später in seiner ersten Druckfassung überschrieben wurde, gilt als die frühneuzeitliche Begründung eines grundsätzlichen Widerstandsrechts gegen die Obrigkeit. Diese Deutung ist zwar stark verkürzt, soll aber nachfolgend mit einigen Worten erläutert werden:



Thomas Müntzer © Foto: Dr. Thomas T. Müller

Nach einer Einführung in die Geschichte von Nebukadnezars Traum aus dem zweiten Kapitel des Danielbuches aus dem Alten Testament der Bibel beschreibt Müntzer die aus seiner Sicht akuten Missstände in der Kirche und stellt fest, dass der „[...] armen, elenden, zufallenden christenheyt [...]“ aus seiner Sicht mit der bestehenden geistlichen Obrigkeit, die aus Christus eine Vogelscheuche gemacht habe, nicht mehr zu helfen sei. Es müsse eine neue Hinwendung zu Gott erfolgen und dabei dürfe man nicht den Schriftgelehrten folgen, sondern müsse anerkennen, dass sich Gott auch durch Visionen und Träume offenbare. Da-

mit wendet er sich klar gegen das Schriftprinzip, „sola scriptura“ seines einstigen Förderers Martin Luther, den er zwar nicht namentlich nennt, aber indirekt als „Bruder Mastschwein“ und „Bruder Sanftleben“ bezeichnet, weil er sich Müntzers Meinung nach bereits vom Kampf um den „wahren evangelischen Glauben“ zurückgezogen habe und nur noch eine quasi weichgespülte Form desselben propagiere.

Gerade in den einfachen Menschen sieht Müntzer das auserwählte Volk Gottes. Dennoch sei auch die weltliche Obrigkeit von Gott eingesetzt. Er stellt also – entgegen der vier Jahrhunderte später vor allem von kommunistischer Seite verbreiteten Behauptung – die Herrschaftsverhältnisse seiner Zeit keineswegs grundsätzlich in Frage. Aber die Obrigkeit müsse ihre gottgewollte Aufgabe annehmen und mit dem Schwert auch Gottes Reich auf Erden verteidigen. Wenn sie dies nicht täte, dann solle ihnen das Schwert „[...] in der Scheide verrosten“. Dieses, für die damalige Zeit völlig eindeutige Bild, heißt nichts anderes, als dass er seinen Landesherren prophezeite, dass, folgten sie seinem Rat nicht, ihr Schwert unbrauchbar werde, ihnen also ihre Macht genommen werde.

Besonders glücklich dürften seine Zuhörer die Burg Allstedt nicht verlassen haben. Doch direkte Folgen hatte Müntzers Predigt erst einmal nicht, obgleich er wohl ahnte, dass er es diesmal übertrieben hatte und seine deutlichen Worte wohl nicht folgenlos bleiben würden. Er beeilte sich also, den Predigttext schnellstmöglich drucken zu lassen, bevor er die Stadt in der Nacht vom 7. auf den 8. August 1524 heimlich in Richtung Mühlhausen verließ.

Wer aber war nun dieser Prediger überhaupt, dessen Bildnis seit dem Jahr 1975, den dort zuvor abgebildeten Alexander von Humboldt vom Fünf-Mark-Schein der DDR verdrängte und den Prediger aus Sachsen-Anhalt numismatisch in eine Reihe mit Kommunisten wie Clara Zetkin, Friedrich Engels und Karl Marx beförderte? Aufschluss gibt hier Thomas Müntzers Prager Sendbrief. In dieser für das Verständnis von Müntzers Theologie bedeutenden Schrift, gibt der Prediger neben seinem Namen auch seinen Geburtsort, nämlich Stolberg im Harz, an, um den Lesern die Identifikation des Autors zu erleichtern und Verwechslungen von vornherein auszuschließen. Wann genau Müntzer aber in Stolberg am Harz das Licht der Welt erblickte, ist bis heute ungewiss. Mit einiger Wahrscheinlichkeit wird es um das Jahr 1489 gewesen sein. Seine Familie dürfte der gehobenen Mittelschicht oder gar der Oberschicht der kleinen Stadt im Schatten der Burg der Stolberger Grafen angehört haben.

Für das Jahr 1506 ist Thomas Müntzer als Student an der Leipziger Universität nachzuweisen. 1512

studierte er an der Viadrina in Frankfurt/Oder Über mögliche Zwischenstationen an anderen akademischen Einrichtungen kann bis heute nur spekuliert werden. Einigermaßen gesichert ist seine Tätigkeit als Lehrer in Aschersleben und Halle zwischen den beiden Universitätsaufenthalten. Vermutlich kurz zuvor in der Diözese Halberstadt zum Priester geweiht, wurde er Priester an der Michaeliskirche in Braunschweig. Wenige Monate später trat er jedoch bereits eine Stelle als Präfekt, also als leitender Geistlicher, am Kanonistenstift in Frose bei Aschersleben an.

Nach verschiedenen Vertretungen und der kurzzeitigen Übernahme von geistlichen Ämtern u.a. in Jüterbog und Kloster Beuditz bei Weißenfels erhielt er eine befristete Vertretung als Prediger an der Marienkirche in Zwickau, später folgte die Anstellung an der dortigen Katharinenkirche. Nach einem heftigen theologischen Streit mit jenem Zwickauer Prediger, den er ursprünglich an der Marienkirche vertreten hatte, wurde Müntzer am 16. April 1521 aus seinem Amt entlassen und musste die Stadt nach einem erfolglosen Tumult der für ihn eintretenden Tuchknappen meiden.

Sein Weg führte ihn nun nach Böhmen, vor allem in Prag hielt er sich längere Zeit auf. Sein nächster sicher bezeugter Aufenthaltsort ist Wittenberg, wo er frühestens im Januar, spätestens aber im März 1522 eingetroffen ist. Ab Dezember 1522 war er dann im Kloster Glaucha bei Halle als Kaplan tätig.

Mit seiner Anstellung als Pfarrer an der St.-Johannes-Kirche der kursächsischen Amtsstadt Allstedt kurz vor Ostern des Jahres 1523 scheinen sich seine Lebensverhältnisse, die zu jener Zeit als prekär zu bezeichnen sind, etwas gebessert zu haben. In jenen 17 Allstedter Monaten entstanden sieben seiner neun Druckschriften und fast ein Drittel seines überlieferten Briefwechsels. Vermutlich lernte er in dieser Zeit seine Frau Otilie von Gersen kennen, heiratete und wurde zum ersten Mal Vater. In Allstedt setzte er seelsorgerische Akzente durch die Einführung des täglichen Gottesdienstes in durchgängig deutscher Sprache. Hier schrieb er sein Deutsches Kirchenamt und seine Deutsche Evangelische Messe. Entstanden ist in diesem Zusammenhang auch die Reimübertragung des lateinischen Vesperhymnus „Conditor alme siderum“, die unter dem Titel „Gott, heiliger Schöpfer aller Stern“ als Adventslied bis heute in den deutschsprachigen evangelischen und reformierten, aber auch katholischen Gesangsbüchern zu finden ist.

In Allstedt zog Müntzer zum einen zahlreiche Zuhörer auch aus den umliegenden Gebieten an, zum anderen sorgte er damit aber auch für entsprechende Kritik einflussreicher und mächtiger Gegner, wie die des Grafen Ernst von Mansfeld. Doch weder de-

ren Willen noch dem seines eigenen Landesherrn gedachte er sich zu beugen. Nach seiner berühmten Fürstenpredigt war seine Flucht, die ihn im August 1524 ins thüringische Mühlhausen führte, nur die logische Konsequenz, um einer Festnahme zu entgehen. Der Kontakt zu den Allstedtern, die sich mit ihm sogar in einem Geheimbund verschworen hatten, riss jedoch nie ab, und als Müntzer sie im April 1525 nach Mühlhausen rief, folgten sie fast ausnahmslos seinem Werben um Unterstützung.



Dr. Thomas T. Müller vor dem Lutherhaus  
© Foto: privat

Dort versammelten sich damals die ersten Aufständischen. Nach einem Zug ins benachbarte Eichsfeld, bei dem Ende April/Anfang Mai zahlreiche Burgen und Klöster zerstört worden waren, zog Müntzer am 10. Mai 1525 mit 300 Männern und acht Karrenbüchsen nach Frankenhausen, um sich den sich dort formierenden Aufständischen anzuschließen. Als um die Mittagszeit des 15. Mai der Angriff der vereinigten Truppen der Fürsten von Sachsen und Hessen gegen die auf dem Hausberg oberhalb Frankenhausens in einer Wagenburg verschanzten Aufständischen begann, gab es kaum Gegenwehr. Tausende wurden im Kampf, vor allem jedoch auf der Flucht erschlagen. Thomas Müntzer entkam nach Frankenhausen. Doch auch er wurde entdeckt und festgenommen. Nach einem ersten Verhör übergab man ihn noch am Tag

der Schlacht an Graf Ernst von Mansfeld, seinen alten Widersacher aus Allstedter Tagen. Der Graf ließ ihn in sein Wasserschloss nach Heldrungen verbringen, wo am 16. Mai teilweise unter Folter weitere Befragungen erfolgten.

Am 23. Mai ersuchte Herzog Georg von Sachsen Ernst von Mansfeld Müntzer ins Feldlager der Fürsten vor Mühlhausen zu überstellen. Am 27. Mai wurden er und Heinrich Pfeiffer durch das Schwert gerichtet und ihre Köpfe zur Abschreckung am Wegrand vor der Stadt auf zwei Pfähle gespießt.

Für die kirchenhistorische Forschung galt Müntzer fortan bis weit ins 19. Jahrhundert hinein als Irrlehrer, gar als erster protestantischer Ketzer. Eine grundlegende Veränderung erfuhr die Sicht auf Müntzer erst mit der Gründung der DDR. Immerhin waren der Bauernkrieg und die Person Thomas Müntzers bereits seit Friedrich Engels einschlägiger Veröffentlichung aus dem Jahr 1850 wie geschaffen für eine politisierende Sichtweise. Und so verwundert es wenig, wenn Wilhelm Pieck (KPD/SED) bereits am 2. September 1945 in Kyritz in seiner berühmten Rede zur Bodenreform daran erinnerte, welche großen Opfer die Bauern 1525 gebracht hätten. Jenes historische Ereignis habe damals den Beginn der großen Kampftradition der unterdrückten Bauern markiert, die mit der Bodenreform ihre erste große Erfüllung fände, postulierte Pieck einen fiktiven Zusammenhang.

Dieses Konstrukt sollte noch weiter verfeinert werden und die Einordnung des Bauernkrieges und Thomas Müntzers in das Gesamtprogramm von Erbe und Tradition sorgte unweigerlich auch für eine Einbeziehung Müntzers in die Reihe der kanonisierten Helden der DDR. Im Laufe der Jahre entstanden zahlreiche Gedenksteine und Büsten sowie die kaum zu zählende Anzahl von Gedenktafeln, die zwischen 1949 und 1989 in vielen Orten der DDR aufgestellt und aufgehangen wurden. Zur klassischen Rezeption gehört letztendlich auch die Übernahme des Namens durch Institutionen jeglicher Art – von der Schule über unzählige Landwirtschaftliche Produktionsgenossenschaften, bis hin zu Bergwerken, wie z.B. in Sangerhausen. Hinzu kamen öffentliche Gebäude wie Kulturhäuser, Gemeindezentren, öffentliche Straßen, Plätze und Parks, die seinen Namen trugen und bis heute tragen.

Nach einer letzten Welle im Jahr 1989, als Müntzers 500. Geburtstag gefeiert wurde und auch Stolberg noch den Namenszusatz „Thomas-Müntzer-Stadt“ erhielt, ebte das – allerdings in nicht wenigen Fällen nur verordnete – Interesse an dem radikalen Reformator und seinen Ideen schlagartig ab. Schulen, Straßen und Betriebe, die in den vergangenen 40 Jahren nach ihm benannt worden waren, wurden erneut umbenannt oder

mühten sich selbst, recht schnell den Namen Müntzers wieder loszuwerden.

Doch auch wenn im Osten 1990 noch vor der DDR der ostdeutsche 5-Mark-Schein verschwand und mit dem inzwischen wertlosen Papier aus den Geldbörsen zunehmend auch die Erinnerung an jenen Mann, dessen mutmaßliches Konterfei den Geldschein einst schmückte, zu verblässen begann, ist es Thomas Müntzer wert, in ihm mehr zu sehen als den vorgeblichen Vordenker des Kommunismus, der bis in den Herbst 1989 als eine wichtige Stütze der politphilosophischen Identitätsbildung des östlicheren deutschen Staates jedem Schulkind bekannt war.

So ist die Faszination für den radikalen Reformator auch heute noch nicht erloschen und weltweit forschen Historikerinnen und Theologen, Kunstgeschichtler und Philosophinnen über jenen Mann aus dem kleinen Ort Stolberg in Sachsen-Anhalt. Müntzer ist es wert, endlich als das wahrgenommen zu werden, was er wirklich war: Als ein bedeutender Theologe der Frühzeit der Reformation, der einen alternativen Weg zu Luthers „Reformation von oben“ suchte und mit seinen Ideen und Plänen naturgemäß am Widerstand der Obrigkeit scheitern musste.

Dr. Thomas T. Müller  
Vorstand der Stiftung Luthergedenkstätten  
in Sachsen-Anhalt und Vorsitzender  
der Thomas-Müntzer-Gesellschaft

## **Kurzbericht zur 55. EAK - Bundestagung am 30. April 2025 in Hannover**

Die diesjährige (55.) EAK – Bundestagung fand parallel zum 39. Deutschen Evangelischen Kirchentag (DEKT) am 30. April 2025 in der Heinz – von – Heiden – Arena in Hannover statt. Ihr Motto lautete: „Verantwortete Freiheit in schwierigen Zeiten – Die Zukunft von Demokratie und offener Gesellschaft zwischen Toleranz und Wehrhaftigkeit“

Am Anfang der Tagung stand die interne EAK – Delegiertenkonferenz, in der Rechenschaft über die in letzten beiden Jahren geleistete Arbeit gezogen, die zukünftigen Aufgaben des EAK in den Blick genommen und der Bundesvorstand neu gewählt wurden.

Sie begann mit einer Andacht von Dr. Burkhard Budde und Dirk Heuer zur Empfehlung des Apostels Paulus „Prüfet alles und behaltet das Gute“ (1.Thess 5, 21). Dabei wurde betont, dass sich „Christen trotz mancher Irritationen in und für die CDU einsetzen sollten, indem sie den Kompass des christlichen Menschenbildes“ (gekennzeichnet durch das C im Namen),

des begründeten Vertrauens, der beflügelnden Zuversicht und der aufgeklärten Vernunft in die Hand nehmen, um die komplexen Wirklichkeiten, in denen wir leben, schrittweise zum Guten zu verändern... Wir brauchen die froh machende Gewissheit der Gegenwart des guten Hirten, der unser wehrhafter Wegbegleiter und Gesprächspartner sein will, der uns mit seinem Stecken und Stab des Trostes begleitet, schützt, verteidigt und Räume der freien Eigenverantwortung ermöglicht“. Folgerichtig stand am Schluss das gemeinsame Gebet mit den Worten des 23. Psalms: „Der Herr ist mein Hirte...“.

In der darauf folgenden Eröffnungsrede zeigte der EAK - Vorsitzende Thomas Rachel auf, dass sich in den letzten Jahren (Zitat) „das politische und gesellschaftliche Lebensgefühl in Deutschland ... deutlich gewandelt hat. War Deutschland ... immer ein verlässlicher Hort des Wohlstandes und ein ... Garant für Stabilität, Ordnung und Sicherheit, so erleben wir in den letzten Jahren – auch durch die ... unsicherer gewordene Weltlage – einen Wohlstandsverlust, einen massiven Prozess der De-Industrialisierung sowie einen bedrohlichen wirtschaftlichen Niedergang. Viel zu teure Energiekosten, steigende Arbeitslosigkeit und Wohnungsnot, soziale Abstiegsängste, überbordende Bürokratie und eine nicht hinreichend gesteuerte, überwiegend illegale Migration haben das Klima der ... Verunsicherung in unserem Land verstärkt. Eine Spaltung der Gesellschaft und ein gefährlicher Aufwuchs der radikalen politischen Ränder von rechts und links besorgen uns. Neben den neuen sicherheits- und verteidigungspolitischen Herausforderungen dieser... „Zeitenwende“ stehen wir jetzt vor dem großen Problem, dass wir auch unsere Demokratie selbst, unsere Werte und unsere Freiheitsrechte, nach innen wie nach außen, wieder neu zu verteidigen haben.“ Thomas Rachel betonte, dass wir vor diesem Hintergrund noch stärker (Zitat) „als Christen aufgefordert sind, in die Gesellschaft hineinzuwirken. Überall dort, wo die Kirchen auf der Grundlage ihrer eigenen Botschaft des Evangeliums zu den grundlegenden ethischen Fragen der Würde des Menschen Stellung nehmen und den Schwachen Gesicht und Stimme geben, haben sie eine große, gesellschaftspolitische Relevanz und sie finden Gehör ... Dort wo die politische Dimension von Kirche unmittelbarer Ausfluss der Evangeliums-Verkündigung ist, wirkt sie befruchtend, inspirierend und ist wirksam. Sie erreicht Menschen weit über die Mitgliedschaft hinaus ... Wenn diese Botschaft aber nur als weitere Stimme mit spezifischen Empfehlungen in der Tagespolitik wahrgenommen wird, dann machen sich die Kirchen selber klein. Dann verlieren sie ihre Authentizität, die sie gerade von allen anderen Organisationen unter-

scheidet, und damit ihre einzigartige Wirkkraft.“

## Ergebnis der Neuwahl des EAK – Bundesvorstandes

Zum Bundesvorsitzenden wurde Thomas Rachel (MdB, Sprecher für Kirchen und Religionsgemeinschaften der CDU/CSU - Bundestagsfraktion, Mitglied im Rat der EKD) – zum 12. Mal in Folge in das Amt des Bundesvorsitzenden des Evangelischen Arbeitskreises der CDU/CSU (EAK) wiedergewählt.

Als stellvertretende EAK - Bundesvorsitzende erhielten Henning Aretz (EAK – Landesvorsitzender in NRW), Barbara Becker (Bayerische Landtagsabgeordnete und EAK -Landesvorsitzende), Dr. Burkhard Budde (Niedersachsen), Christine Lieberknecht (ehemalige thüringische Ministerpräsidentin) und David Müller (EAK – Landesvorsitzender Baden-Württemberg) das Vertrauen der Delegierten.

Zu Beisitzern wurden gewählt: Dr. Michael Franz (Saarland), Sandra Gockel (MdB, Sachsen), Sigrid Grönert (MdB, Bremen), Hans-Jürgen Hopf (Bayern), Katja Knoche (NRW), Sabine Kurtz (MdB, Staatssekretärin, Baden-Württemberg), Prof. Dr. Wolfgang Merbach (Sachsen-Anhalt), Hanna-Lena Perneck (Niedersachsen), Anette Röttger (MdB, Schleswig-Holstein), Helga Schuhmann-Weßollek (NRW), Friedemann Schwarzmeier (Rheinland-Pfalz), Johannes Selle (Thüringen), Tobias Utter (MdB, Hessen), Christoph Waffenschmidt (Berlin-Brandenburg), Dr. Maximilian Willner (Hamburg) und Frieder Weinhold (Mecklenburg-Vorpommern).



Verleihung der "Hermann-Ehlers-Medaille" des EAK an Alt-Bundespräsident Joachim Gauck

© Foto: Jens Schicke

Im zweiten, öffentlichen Teil der EAK - Bundestagung wurde im Rahmen eines Festaktes der Bundespräsident a. D. Joachim Gauck für sein Lebenswerk mit der höchsten Auszeichnung des EAK, der

Hermann – Ehlers –Medaille, geehrt. Thomas Rachel würdigte in seiner Laudatio Joachim Gauck als „große und bedeutsame Persönlichkeit der deutschen Zeitgeschichte“, bezeichnete ihn mit den Worten des verstorbenen Bundestagspräsidenten, Dr. Wolfgang Schäuble, als einen Glücksfall für unser Land und sprach ihm im Namen des EAK seinen Dank aus. Auch als Staatsmann sei er immer Theologe geblieben und habe stets das richtige Wort zur richtigen Zeit gefunden und mutig nach außen vertreten. „Das sei gute Politik im Geiste Luthers.“

In seiner Dankesrede zeigte Joachim Gauck auf, dass Hoffnung, Nüchternheit und Mut das politische Handeln bestimmen sollten. Dabei sei Hoffnung nicht als ohnmächtiges Abwarten zu verstehen, denn dadurch „werde das Böse nicht verschwinden“ und die „Ereignisse würden uns überrollen“. Vielmehr müsse die Hoffnung als Ausgangspunkt zur nüchternen Analyse der Wirklichkeit und – daraus folgernd – als Mut und Willen zur politischen Führungsfähigkeit betrachtet werden, die die anstehenden Probleme aufgreift und löst. „Wer seiner Furcht folge, ende in der Niederlage“, wer aber seine Werte und Handlungen robust vertrete, werde ernst genommen. „Das heiße aus christlicher Sicht: Das Böse muss man ernst nehmen. Und das heiße aus politischer Sicht: Ein Staat muss stark und wehrhaft sein.“



EAK-Abend der Begegnung  
vlnr. CDU-Generalsekretär Dr. Carsten  
Linnemann,  
Kirchentagspräsidentin Anja Siegesmund,  
die EKD - Ratsvorsitzende, Bischöfin Kirsten  
Fehrs  
und EAK - Vorsitzender Thomas Rachel  
© Foto: Jens Schicke

Zum abschließenden großen Abendempfang anlässlich des 39. Deutschen Evangelischen Kirchentags waren ca. 500 Besucher gekommen. Grußworte kamen zunächst von der Kirchentagspräsidentin Anja Siegesmund und der EKD – Ratsvorsitzenden, Bischöfin Kirsten Fehrs. Als weiterer Redner betonte der CDU – Generalsekretär Dr. Carsten Linnemann die Bedeutung des "Christlichen" in der und für die Union und zitierte dabei den EAK – Bundesvorsit-

zenden Thomas Rachel: „Das ‚C‘ ist die Klammer. Es sorgt dafür, dass das Liberale menschlich bleibt, dass das Soziale nicht sozialistisch wird und dass das Konservative nie in eine Blut- und Boden-Ideologie abgeleitet. Das ist CDU pur.“ Quellen: Pressemitteilungen des EAK und der CDU

Prof. Dr. Wolfgang Merbach  
Stellv. Landesvorsitzender des EAK Sachsen- Anhalt

## Magdeburg nach dem 20. Dezember Verantwortung übernehmen, Vertrauen stärken

Der Anschlag auf dem Magdeburger Weihnachtsmarkt am 20. Dezember 2024 war ein einschneidendes und tragisches Ereignis für unsere Stadt. Ein Ort, der traditionell für Begegnung, Licht und Vorfriede steht, wurde zum Ort von Gewalt. Auch Monate später ist der Schock von diesem Abend noch sehr real - bei den Familien der Opfer, den Verletzten, den Augenzeugen, den Rettungsdiensten und letztlich der gesamten Stadtgesellschaft. Die Verarbeitung dieses furchtbaren Ereignisses wird nie ganz abgeschlossen sein und unsere Stadt für immer prägen.

Als CDU/FDP Stadtratsfraktion haben wir von Beginn an eine klare Position bezogen: Es braucht eine umfassende und transparente Aufarbeitung der Geschehnisse. Dieses Bekenntnis zur Verantwortung ist für uns selbstverständlich – sowohl gegenüber den Betroffenen als auch gegenüber der gesamten Bevölkerung.

### Aufarbeitung auf kommunaler und parlamentarischer Ebene

Wir haben den Antrag der Oberbürgermeisterin unterstützt, einen temporären Sonderausschuss zur Aufarbeitung des Anschlags auf den Magdeburger Weihnachtsmarkt 2024 auf Stadtratsebene einzurichten. Der Ausschuss soll die sicherheitsrelevanten Abläufe rund um den Weihnachtsmarkt beleuchten, bestehende Konzepte hinterfragen und Optimierungsmöglichkeiten für zukünftige Veranstaltungen aufzeigen. Auch wenn ein solcher Ausschuss keine ermittelnden Befugnisse besitzt, kann er wichtige Impulse liefern.

Gleichzeitig begrüßen wir die Einrichtung eines parlamentarischen Untersuchungsausschusses auf Landesebene. Nur dieser Ausschuss hat die entsprechenden Rechte und Mittel tiefergehende Fragestellungen zu untersuchen. Besonders, wenn es um institutionelle Zusammenhänge, mögliche Versäumnisse und

überregionale Erkenntnisse geht. Wir erwarten hier eine umfassende Aufklärung des Geschehenen.

## Weihnachtsmarkt 2025: Eine schwierige, aber bewusste Entscheidung

Besonders hitzig war die Debatte um den zukünftigen Veranstaltungsort des Weihnachtsmarktes. Es war keine leichte Entscheidung. Der Alte Markt war lange das Herz des Weihnachtsmarktes – dort, wo Menschen Jahr für Jahr, Generation für Generation zusammenkamen. Dass genau dort die Tat verübt wurde, hat die Debatte natürlich und verständlicherweise mit Emotionen aufgeladen. In unserer Fraktion gab es viele Gespräche und ein gemeinsames Ringen, um eine Position zu finden, die der Tragweite des Themas gerecht wird. Weitere Orte wie der Domplatz oder die Messehallen waren im Gespräch. Die Wünsche der Bürgerinnen und Bürger, Meinungen der Betreiber und Beschicker des bisherigen Weihnachtsmarktes und nicht zuletzt die eigene, möglichst rationale Sichtweise mussten am Ende für eine nachvollziehbare Entscheidung stehen.

Schlussendlich haben wir mehrheitlich den Vorschlag der Oberbürgermeisterin unterstützt, dass der Weihnachtsmarkt in diesem Jahr wieder an seinem traditionellen Ort stattfinden darf. Wichtig ist uns, dass diese Entscheidung nicht ein Fall von „Zurück zur Normalität“ ist. Sie ist Ausdruck eines bewussten Umgangs mit dem Geschehenen und dem Wunsch vieler Menschen, sich diesen Ort nicht nehmen zu lassen. Das begangene Unrecht am Ende nicht über uns alle siegen zu lassen.

Wir wissen auch, dass der Weihnachtsmarkt nicht so weitergehen kann, als wäre nichts geschehen. Das Sicherheitskonzept und das Gestaltungskonzept müssen überarbeitet und angepasst werden. Wir haben uns klar dafür ausgesprochen, dass der 20. Dezember ein Tag des Gedenkens sein soll, an dem der Weihnachtsmarkt aus Respekt vor den Opfern und ihren Familien geschlossen bleibt.

Das Thema Sicherheit bei Veranstaltungen betrifft nicht nur Weihnachtsmärkte. Es ist ein stadtweites Thema. Der Anschlag im Dezember 2024 zeigte uns die Schwachstellen, die wir ansprechen und beheben müssen. Dies bedarf eine bessere Koordinierung, einer klaren Aufgabenverteilung, technischer Verbesserungen, aber auch der Sensibilisierung aller Beteiligten. Wir setzen uns dafür ein, zukünftige Veranstaltungen vorsichtiger und besser organisiert durchzuführen, auch auf allen Ebenen der Sicherheit. Der Fokus liegt darauf, umsetzbare und praktikable Ideen zu entwi-

ckeln, die den Bedürfnissen gerecht werden und dazu beitragen, die Sicherheit zu erhöhen.

## Verantwortung für mehr Sicherheit



Tim Rohne ©Stehli

Einen Ausgleich zwischen einer erhöhten Sicherheit und der weiterhin machbaren Durchführbarkeit von öffentlichen Veranstaltungen zu schaffen, ist hierbei das erklärte Ziel. Allen muss jedoch auch klar sein, dass es eine absolute, vollumfängliche Sicherheit niemals geben kann.

## Zusammenhalt und Vertrauen

Trotz aller Erschütterung erleben wir in unserer Stadt viel Solidarität, Mitgefühl und Unterstützung auf allen Ebenen. Der gesellschaftliche Zusammenhalt ist nach wie vor wichtig für unser Stadtleben. Wir betrachten es als unsere politische Pflicht, diesen Zusammenhalt zu stärken. Dazu gehören klare Entscheidungen, mit verlässlicher Kommunikation und glaubwürdigem Handeln. Es geht darum, die richtigen Lehren aus dem Anschlag zu ziehen. Dies bedeutet, dass Politik und Verwaltung gemeinsam mit den Bürgerinnen und Bürgern an einer sichereren und offeneren Stadt arbeiten.

Die Ereignisse vom 20. Dezember haben tiefe Wunden in das Bewusstsein aller Magdeburger eingebrannt – menschlich, politisch und gesellschaftlich.

Sie fordern uns heraus, als Stadt einen klaren und verantwortungsvollen Kurs zu finden, den wir als CDU/FDP Stadtratsfraktion konstruktiv begleiten und mitgestalten werden. Das Ziel sollte sein, das Vertrauen der Bürgerinnen und Bürger zu stärken, echte Veränderungen zu etablieren und letztendlich wieder zu einer furchtlosen und offenen Stadtgesellschaft zurückzukehren. Angst darf niemals unseren Alltag beherrschen, sonst haben diejenigen die sie verbreiten bereits gewonnen.

Tim Rohne  
Fraktionsvorsitzender der CDU/FDP Stadtratsfraktion Magdeburg

## Finanzierung der Schulen in freier Trägerschaft, Schulgesetznovelle

Fortsetzung des Artikels aus dem Rundbrief 3/2024



Stephen Gerhard Stehli MdB  
© Foto: Rayk Weber

So gut wie alle Menschen in Deutschland sind in ihrem Leben über Jahre mit Schule in Berührung gekommen, daher sind so gut wie alle Menschen auch in Sachsen-Anhalt von den Veränderungen und Novellierungen der schulgesetzlichen Regelungen – Schule ist immerhin Angelegenheit der Länder – berührt und betroffen. In der letzten Ausgabe wurde das laufende, vielschichtige Verfahren hierzu im Landtag von Sachsen-Anhalt umfänglich dargestellt. Nunmehr soll der weitere Gesetzgebungsgang kurz dargelegt werden. Auch hierbei geschieht dieses zunächst für die Frage der Finanzierung der Schulen in freier Trägerschaft,

danach wird über den weiteren Zwischenstand bei der allgemeinen, großen Schulgesetznovelle berichtet.

Nach der umfänglichen Anhörung zu den Finanzierungsfragen der freien Schulen fanden weitere Verhandlungen und Gesprächen zwischen den Fachpolitikern und Fachpolitikerinnen der Koalitionsfraktionen, dem Bildungsministerium und dem Finanzministerium statt. Das Thema wurde auch auf der Winterklausur der CDU-Fraktion im Januar behandelt. Mehrere zusätzliche Runden wurden auch mit den Vertretungen der Schulen in freier Trägerschaft abgehalten, diese dauerten bis in den Februar an. Die Gespräche wurden sachlich, aber mit großem Ernst und durchaus kontrovers geführt. Im Endeffekt wurde entschieden, dass es grundsätzlich bei der neuen, vom Bildungsministerium wissenschaftlich entwickelten Finanzierungsberechnung bleiben soll. Über die daraus resultierenden sog. Schülerkostensätze wurde ebenfalls verhandelt wie schließlich über den Prozentsatz, die bei jeder einzelnen Schulform bei den freien Schulen durch das Land refinanziert wird. Im Ergebnis ist es mit dem Einverständnis der freien Träger (zumeist kirchliche Stiftungen und Vereine, aber auch Unternehmen) zu Sätzen gekommen, bei denen die zunächst berechneten und avisierten, teilweise sehr beträchtlichen Kürzungen weitestgehend (aber nicht immer vollständig) kompensiert wurden. Hierfür haben sich insbesondere die Mitglieder der Bildungs-Arbeitsgemeinschaft der CDU-Fraktion im Landtag im Zusammenwirken mit den Finanzpolitikern eingesetzt. Schließlich hat auch das Bildungsministerium diesem Ergebnis zugestimmt. Des Weiteren wurde entschieden, dass es bei der Aufnahme der Schulgesetzänderungen in das sogenannte Haushaltsbegleitgesetz verbleiben sollte. Als Alternative wurde erwogen, diesen Teil aus der Haushaltsgesetzgebung auszugliedern und in die allgemeine Schulgesetzgebung zu übernehmen. Der Vorteil der schnelleren Verabschiedung überwog. Die Neuregelung der Finanzierung der Schulen in freier Trägerschaft in Sachsen-Anhalt wurde somit im Rahmen der Doppelhaushaltverabschiedung 2025/2026 am 20. Februar 2025 getätigt. Seitens der CDU-Fraktion, die immer aktiv und überzeugt zu den freien Schulen als einen unverzichtbaren Teil unseres Bildungssystems stand und auch weiter stehen wird, wird diese neue Regelung als auskömmlich und angemessenen angesehen, auch angesichts insgesamt enger werdender Staatsfinanzen einerseits, aber auch angesichts der Einhaltung der verfassungsrechtlichen Voraussetzungen aus Grundgesetz und Landesverfassung andererseits. Es bleibt zu hoffen, dass damit die Diskussion um die Finanzierung der freien Schulen nicht nur für die restliche 8. Legislaturperiode (der Wahlter-

## Wahrheit und Wirklichkeit

min wurde soeben vom Landtag auf den 6. September 2026 festgelegt), sondern auch für einige Zeit darüber hinaus abgeschlossen ist.

Hinsichtlich der allgemeinen, großen Schulgesetznovelle hat der Bildungsausschuss des Landtags am 9. Januar 2025 eine große, ganztägige Anhörung durchgeführt mit ca. vierzig Vereinigungen und Institutionen wie den Lehrerverbänden, Gewerkschaften, kommunalen Spitzenverbänden, den drei Oberzentren des Landes Magdeburg, Halle, Dessau-Roßlau etc. etc., in der alle Bereiche der Schulgesetznovelle aufgerufen wurden. Umfänglich wurden auch schriftliche Stellungnahmen vorgelegt. Neben den schon bekannten Fachfragen wie Regelungen zu Schulkooperationen und Schulfusionen, duales Lernen, Datenschutz, erweiterte Ordnungsmaßnahmen und Gastschulbeiträge (dieses hatte ich im vorherigen Beitrag näher erläutert.), etc. bekam die Frage der Eingangsklassenstärke in den Oberzentren in der Anhörung, aber auch in den Wochen darüber hinaus eine parlamentsinterne, aber auch öffentlichkeits- und medienwirksame Brisanz. Hier konnten durch die Koalitionsfraktionen unter Führung der CDU die bisher auf Verordnungsweg geltende Zahlen unverändert in den Gesetzentwurf hineinverhandelt werden. Dadurch wird die Planungssicherheit für die Kommunen als Schulträger (in Oberzentren wie schon vorher vereinbart im ländlichen Raum) klar erhöht. Nach der Anhörung hat der Bildungsausschuss sich in insgesamt drei längeren Sitzungen inhaltlich mit dem Gesetzentwurf der Landesregierung, den Änderungsanträgen der Koalitionsfraktionen sowie den jeweiligen Änderungsanträgen der drei Oppositionsfraktionen umfassend, Paragraph um Paragraph auseinandergesetzt und diese schließlich abgestimmt. Auch hat der Gesetzgebungs- und Beratungsdienst des Landtags im Rahmen seiner Zuständigkeit für Rechtsförmlichkeit, etc. seine Vorschläge zum Gesetzentwurf eingebracht. Die vorläufige Beschlussempfehlung des Bildungsausschusses wurde am 7. Mai 2025 an die mitberatenden Ausschüsse für Inneres, Soziales und Finanzen weitergeleitet. Am 4. Juni soll die endgültige Beschlussempfehlung des Bildungsausschusses abgestimmt und dem Landtag zugeleitet werden. Eine Verabschiedung der Schulgesetznovelle ist für das Plenum in der zweiten Juniwoche vorgesehen, damit diese zum 1. August 2025 in Kraft treten kann.

In einem dritten Artikel in dem Herbstrundbrief werde ich über die wichtigsten Regelungen des dann verabschiedeten Gesetzes abschließend berichten.

Stephen Gerhard Stehli MdL

Vorsitzender des Bildungsausschusses des Landtags von Sachsen-Anhalt

Landesvorsitzender des EAK

Am 7. Oktober 2023 zerstörten Hamas-Terroristen den Grenzzaun zu Israel. Rund 3000 Kämpfer dringen über den Land-, See- und Luftweg in das Land ein. Die Terroristen schießen wahllos auf Passanten, sie plündern, morden und vergewaltigen in 22 Ortschaften an der Grenze.

Bei Re'im findet gerade ein Musikfestival statt. Die Terroristen stürmen das Gelände und feuern in die Menge. Sie ermorden 364 Festivalbesucher, viele wurden zuvor noch gefoltert und vergewaltigt.

Die "New York Times" recherchierte sehr umfangreich über die sexuelle Gewalt gegen Frauen. Danach berichteten Zeugen von Frauen- und Mädchenleichen mit gespreizten Beinen, abgerissener Kleidung und deutlichen Anzeichen von Missbrauch im Genitalbereich. Videos zeigen zwei tote israelische Soldatinnen, denen offenbar direkt in die Vagina geschossen wurde. Auf einem Foto ist eine Frauenleiche zu sehen, der Nägel in die Oberschenkel und die Leistengegend gehämmert wurden. Eine Festivalbesucherin sagt aus, sie habe sich während des Massakers unter einem Baum versteckt und mit Gras bedeckt, weil ihr in den Rücken geschossen wurde. Sie habe gesehen, wie einer Frau die Hose bis zum Knie herabgezogen worden sei. Ein Mann habe hinter ihr gestanden und sie vergewaltigt. Jedes Mal, wenn sie zurückgewichen sei, habe er ihr mit einem Messer in den Rücken gestochen. Eine andere Frau, so die Zeugin, sei von einem Terroristen vergewaltigt worden, während ein weiterer Mann mit einem Cuttermesser ihre Brüste abgeschnitten habe. In Be'eri und KarAza wurden in sechs Häusern Leichen von Frauen und Mädchen gefunden. Sie waren nackt, verstümmelt und gefesselt.

An diesem Tag werden 1193 Menschen ermordet. Darunter sind 695 Zivilisten, einschließlich 36 Jugendliche und Kinder. Ein Ersthelfer sagt vor der Knesset aus, er habe abgetrennte Schädel von drei Kindern gesehen.

Vor 75 Jahren erschien Georg Orwells Roman "1984". Heute denken die meisten Menschen bei dem Titel an den Überwachungsstaat, an "Big Brother is watching you", "Der große Bruder sieht dich". Aber eine andere Idee des Buches reicht weiter.

In dem Roman verändert das "Wahrheitsministerium" die Sprache der Menschen und damit die Wahrheit. Dieses Ministerium "war ein riesiger pyramidenartiger, weiß schimmernder Betonbau, der sich terrassenförmig dreihundert Meter in die Luft reckte. Von der Stelle, wo Winston stand, konnte man gerade noch die in schönen Lettern in seine weiße Front gemeißelten drei Wahlsprüche der Partei entziffern: 'Krieg bedeutet Frieden / Freiheit ist Sklaverei / Unwissenheit ist

Stärke‘.”

Das Gegenteil der Wahrheit wird geglaubt, wenn sie nur oft genug behauptet wird. Vergangenheit lässt sich verändern, Tatsachen gelten nichts. Georg Orwell hatte recht. Am Anfang waren es nur alberne Verschwörungstheorien: Die Mondlandung sei von Stanley Kubrick im Auftrag der US-Regierung inszeniert worden. Die Welt würde von Reptiloiden regiert, die sich als Menschen tarnen, wie zum Beispiel Barack Obama, die Queen oder Angela Merkel. Die Erde sei eine Scheibe. Paul McCartney sei schon lange tot. Walt Disney nur eingefroren, und Elvis lebe noch. Dann wurde es ernster. Die Terroranschläge am 11. September 2001 auf das World Trade Center in New York seien von der US-Regierung selbst durchgeführt worden. Der Bevölkerung wären über Corona-Impfstoff heimlich Microchips implantiert worden. Globale Eliten würden Zuwanderungsströme steuern. Putin erklärt, die Ukraine sei ein von Nazis unterwandelter Staat, der Genozid an der eigenen Bevölkerung verüben wolle. Und Donald Trump verkündet noch immer, er habe die Wahl gewonnen.

Die sozialen Medien sind weitaus mächtiger, als ein "Wahrheitsministerium" je sein könnte. Mit einem Tastenklick werden dort Opfer zu Tätern und Täter zu Opfern gemacht. Wahrheit ist heute nur noch Meinung - und man darf ja wohl auch anderer Meinung sein. Die Wirklichkeit scheint nicht mehr zu existieren, selbst bei den schrecklichsten Verbrechen.

Zu den Massakern am 7. Oktober 2023 in Israel gibt es über 1500 Zeugenaussagen, über 60.000 Videos - unter anderem aus den beschlagnahmten Körperkameras der Terroristen - und zahllose Fotos der Morde, Folterungen und Vergewaltigungen. Trotzdem glauben über 90 Prozent der Palästinenser im Gazastreifen und im Westjordanland, die Hamas habe in Israel keine Gräueltaten verübt. Twitter, TikTok und Telegram werden mit Terrorpropaganda, Falschinformationen und Antisemitismus überschwemmt. Und das funktioniert: Auf der Sonnenallee in Berlin feiert am Abend des 7. Oktober das palästinensische Netzwerk Samidoun den Angriff der Hamas. Süßgebäck wird dabei an Passanten verschenkt. In London, Stockholm, Barcelona, Washington, New York, Chicago, Sydney und anderen Städten jubeln Menschen über den Terroranschlag auf Israel. Schon zwei Wochen nach den Morden gehen in London 100.000 Demonstranten für die Palästinenser auf die Straße. Die Terroristen nahmen am 7. Oktober 2023 in Israel 251 Geiseln. An dem Tag, an dem ich diesen Text schreibe, sind nach Zählung der Zeitung "Haaretz" noch immer 66 Menschen in der Gewalt der Hamas, 35 Entführte wurden bereits für tot erklärt. Die jüngste Geisel ist ein Baby.

Der Junge war achteinhalb Monate alt, als er entführt wurde.

In Orwells "1984" heißt es: "Wenn Sie sich ein Bild von der Zukunft machen wollen, dann stellen sie sich einen Stiefel vor, der ein menschliches Gesicht zertrampelt - unaufhörlich." Diese Stiefel sind heute die sozialen Medien.

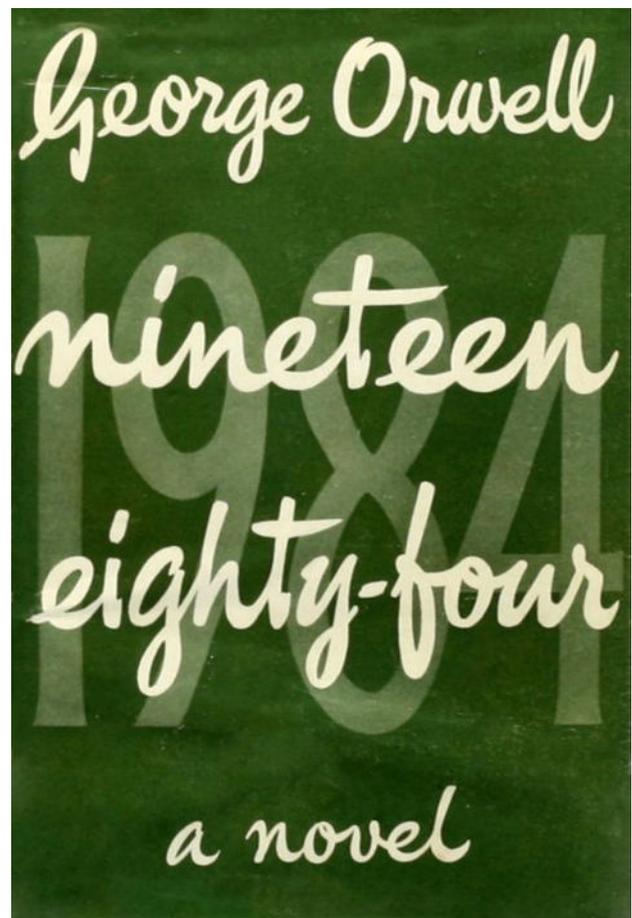
Dieser Text darf auf ausdrücklichen Wunsch des Autors unentgeltlich nachgedruckt werden.

Er ist erschienen in der Welt am Sonntag am 20.10.2024.

Ferdinand von Schirach ist ein Strafverteidiger und Schriftsteller.

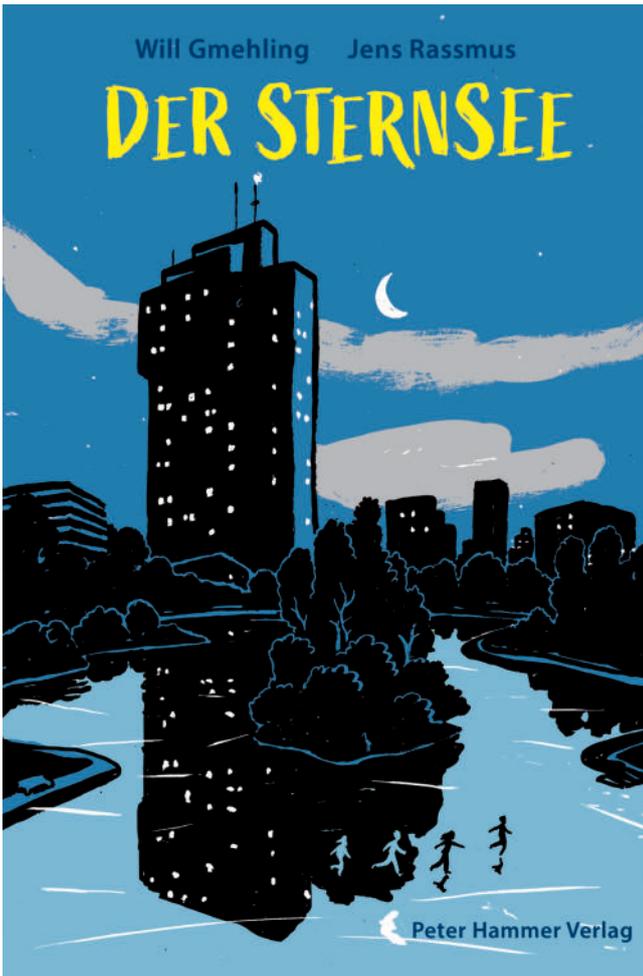
Geboren 1964 in München, studierte er Jura in Bonn und arbeitete als Rechtsanwalt in Berlin. Mit Kurzgeschichten, Theaterstücken und Drehbüchern wurde er als Schriftsteller bekannt.

Heute ist von Schirach ein vielfach ausgezeichneter Bestsellerautor und gilt als einer der außergewöhnlichsten Stilisten.



© [https://de.wikipedia.org/wiki/1984\\_\(Roman\)](https://de.wikipedia.org/wiki/1984_(Roman))

## Kinderliteraturtipp



Will Gmehling  
Jens Rasmus (Illustrationen)  
Der Sternsee  
Wuppertal: Peter Hammer Verlag, 2025  
gebunden, mit zweifarbigen Illustrationen  
ISBN: 978-3-7795-0766-6  
Preis: 14,00 €, 56 Seiten  
Altersempfehlung: ab 10 Jahre

Text ein nüchtern-realistischer Erzählton vor. So wird auch das poetische Bild ganz subtil und beiläufig als fantastisches Element eingefügt, das stellvertretend für die Entwicklung der Kinder zum Ausdruck bringt, wie das Ende der Kindheit und eine neue Lebensphase zueinander ins Verhältnis kommen. Eindrücklich und sensibel – sehr überzeugend. Unbedingt zu empfehlen!

Prof. Dr. Michael Ritter (Martin-Luther-Universität Halle-Wittenberg)

### Impressum

**Herausgeber:** Evangelischer Arbeitskreis der CDU Sachsen-Anhalt

**Verantwortlicher Redakteur:** Jürgen Scharf

**Texte:** Gerhard Kögel, Prof. Dr. Wolfgang Merbach, Dr. Thomas T. Müller, Prof. Dr. Michael Ritter, Tim Rohne, Ferdinand von Schirach, Min. Sven Schulze, Stephen Gerhard Stehli MdL, Pfarrer Martin Olejnicki

**Bilder:** Gemeinfrei bzw. Genehmigungen liegen vor

**Stand:** Mai 2025:

Diese Publikation wird im Rahmen der Öffentlichkeitsarbeit des Evangelischen Arbeitskreises der CDU Sachsen-Anhalt herausgegeben. Der Herausgeber verfolgt keine kommerziellen Interessen.